

Kapitel 4

Open youth participation – ein Schlüssel zu Good Governance im 21. Jahrhundert

Daniel Poli und Jochen Butt-Pośnik

Bis auf wenige Ausnahmen reguliert sich bis heute unsere repräsentative Demokratie über ein „elektorales Drohpotenzial« (von Winter 1997). Das Wahlrecht ermöglicht den Bürger/-innen, parlamentarische Vertreter/-innen zu wählen (oder eben gerade nicht zu wählen), die sicherstellen, dass Entscheidungsprozesse die Interessen der Wählerschaft respektieren. In Europa besitzen die meisten Jugendlichen unter 18 Jahren kein Wahlrecht. Es wird stattdessen davon ausgegangen, dass ihre Interessen von ihren Eltern oder ihren Sorgeberechtigten vertreten werden. Doch Kinder und Jugendliche haben handfeste eigene Interessen, die ihrer konkreten Lebenssituation entspringen und Bereiche wie Stadtplanung, Familien oder Bildungspolitik oder die Ausübung ihrer Freizeitinteressen betreffen. (Hurrelmann 2001). Bei Fragen wie der fairen Ressourcenverteilung, Staatsschulden, Renten, Klimaschutz, dem Internet und der Beteiligung können sogar zwischen den Generationen Interessenskonflikte auftreten.

In Anbetracht der aktuellen demographischen Entwicklung verfügen selbst wahlberechtigte junge Erwachsene nicht über ausreichend „Drohpotenzial“, da sie immer mehr in der Minderheit sind. Einem Eurostat-Bericht zufolge (Eurostat 2017) wird die Gesamtbevölkerung der EU-28 bis 2050 weiter auf etwa 525,5 Millionen Menschen wachsen. Der Anteil von Kindern und Jugendlichen wird bis 2050 allerdings auf 30,8% sinken, verglichen mit 33,5% im Jahr 2013. Dadurch entsteht ein Defizit in der Vertretung der jüngeren Generation, der es nicht im gleichen Maß wie älteren Generationen möglich ist, Ideen, Lebensstile und Interessen in die zwar demokratischen, aber verfestigten Systeme einzubringen, denen sie angehören.

Aber wie sollen Jugendliche demokratisches Handeln lernen, wenn ihnen die positive Erfahrung verwehrt bleibt, eigene Interessen in etablierte Entscheidungsprozesse einzubringen? Die Auswirkungen dieses Defizits machen sich bereits bemerkbar, da die Beteiligung Jugendlicher an politischen Parteien oder Wahlen zurückgeht. Einer Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2012 zufolge hält nur etwa die Hälfte aller Jugendlichen Wahlen für eine der wertvollsten Möglichkeiten, politische Präferenzen zum Ausdruck zu bringen. Nur 47% der 15- bis 24-Jährigen und 50% der 25- bis 34-Jährigen glauben, dass eine Wahlbeteiligung eine der beiden besten Möglichkeiten ist, um zu gewährleisten, dass die eigene Stimme von Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern gehört wird.²² Darüber hinaus stimmen nur 13% der Jugendlichen der Aussage zu, dass der Beitritt zu einer politischen Partei ein effektiver Weg ist, die eigenen Interessen zu vertreten. Eine demokratische Gesellschaft muss daher neue, von Jugendlichen akzeptierte und genutzte Formen und Methoden der Partizipation schaffen, die Jugendlichen Unterstützung bieten, sodass ihre Stimmen bei Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern sowie in etablierten politischen Strukturen gehört werden.

Die kontinuierliche Entwicklung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), die sich im Laufe der letzten Jahrzehnte stetig beschleunigt hat, ist ein herausragendes Merkmal moderner Gesellschaften. Im digitalen Zeitalter spielen IKT bei der Schaffung und im Austausch von Wissen und Informationen weltweit eine zentrale Rolle. IKT wirken sich in vielen Bereichen auf das tägliche Leben von Bürgerinnen und Bürgern aus: in der Schule, am Arbeitsplatz und in der Gemeinschaft. Es wurden neue Formen der Kommunikation, neue Räume zum Austausch kultureller Erfahrungen und neue Methoden der effektiven Meinungsäußerung entwickelt, die insbesondere für junge Menschen zu einem festen Teil des täglichen Lebens geworden sind. Im Kontext der Digitalisierung unseres Lebensumfelds treffen Jugendliche heute keine Unterscheidung zwischen ihrer Offline- und Online-Kommunikation (oder ihrem Offline- und Online-Leben).²³ Interaktionen mit dem örtlichen Umfeld finden über Mobilgeräte und Online-Plattformen ebenso statt wie über die Teilnahme am Sozialleben, den Schulbesuch oder die Arbeit, die Teilnahme an Aus- und Weiterbildung oder sonstige non-formale Aktivitäten.

Wenn Jugendliche digitale Technologien als normalen Teil ihrer alltäglichen Kommunikation und ihrer Interaktionen betrachten, übertragen sie auch einen Teil ihrer Erfahrungen aus der digitalen in die reale Welt. Dies betrifft insbesondere die Möglichkeiten nicht-hierarchischer Beziehungen, direkte Kommunikation zwischen Gleichaltrigen und eine positive Einstellung zum Teilen und zur Kollaboration innerhalb von Gemeinschaften – Formen der Interaktion, die nicht zu den grundlegenden Eigenschaften etablierter politischer Strukturen zählen.

22 Teilnehmende an der Umfrage sahen die Unterzeichnung von Petitionen als die zweiteffektivste Methode, allerdings mit einem deutlich niedrigeren Wert (14%).

23 Für Deutschland siehe DIVSI (2014). Europäische Umfragen kommen jedoch häufig zur Schlussfolgerung, dass unter Jugendlichen eine digitale Kluft besteht: „Die digitale Kluft ist für ausgegrenzte Jugendliche, die weder an schulischer Bildung noch an Weiterbildung teilnehmen, nach wie vor eine Realität“ (LSE Enterprise 2013: 4).

Wenn wir eine lebendige Demokratie wünschen, müssen wir Regierungsstrukturen so öffnen, dass Partizipation die neue Normalität ist und nicht die Ausnahme. Wir brauchen offene Methoden, um die Entscheidungsfindung und Partizipation transparent und für alle zugänglich zu gestalten, und wir müssen uns den Realitäten Jugendlicher gegenüber öffnen. Partizipation ernst zu nehmen bedeutet, Macht, Wissen und Ressourcen kollaborativer zu teilen als dies innerhalb traditioneller hierarchischer Strukturen bislang geschehen ist. Aus dieser Perspektive müssen wir die offene Partizipation Jugendlicher als Schlüssel zur Good Governance im 21. Jahrhundert auffassen.

Als Teil unserer Analyse dieser Themen und Herausforderungen untersuchen wir die Ergebnisse zweier Projekte zur Verbesserung der Partizipation Jugendlicher. Im Rahmen dieser Projekte wurden u. a. Empfehlungen und Leitlinien zur Partizipation Jugendlicher sowie zur unterstützenden Rolle der Jugendarbeit im Erwerb von Kompetenzen erarbeitet, die für die Beteiligung junger Menschen an der Gesellschaft und an Entscheidungsprozessen nützlich sind. Unsere Schlussfolgerungen ermutigen die Jugendarbeit, eine engere Verbindung zwischen Jugendlichen und Prozessen der Entscheidungsfindung aktiver zu fördern.

MULTILATERALES PEER-LEARNING ZUR STÄRKUNG DER PARTIZIPATION JUGENDLICHER

Im Jahr 2011 machte sich das deutsche Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend einen neuen Ansatz an die internationale Kooperation zu eigen. In der Folge wurden multilaterale Kooperationsprojekte ins Leben gerufen, die als eine Art von grenzübergreifenden Denkfabriken Inputs und Ideen zu aktuellen jugendpolitischen Themen liefern sollten. Zu diesem Zweck bot das Konzept des Peer-Learning – der Prozess des gegenseitigen Voneinander-Lernens – einen idealen Rahmen, da es eines der wirkungsvollsten Instrumente der EU-Jugendstrategie zur Förderung der jugendpolitischen Kooperation in Europa ist.

Youthpart²⁴

Youthpart, ein multilaterales Kooperationsprojekt von IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland, wurde ins Leben gerufen, um einen internationalen Dialog darüber zu starten, wie mehr junge Menschen dazu ermutigt werden können, sich in der heutigen digitalisierten Gesellschaft an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Das Projekt hat eine Reihe von Guidelines für die gelingende ePartizipation Jugendlicher erarbeitet (IJAB 2014).²⁵

24 Der folgende Abschnitt ist den „Guidelines für gelingende ePartizipation Jugendlicher“ (IJAB 2014) leicht überarbeitet entnommen.

25 IJAB erarbeitete die Guidelines in Kooperation mit dem deutschen Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem österreichischen Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, dem British Youth Council, dem spanischen Jugendinstitut (INJUVE) und dem Finnish Development Centre for Youth Information and Counselling (Koordinaatti) sowie

Die Projektarbeit wurde im Dezember 2011 aufgenommen und im April 2014 abgeschlossen. In diesem Zeitraum nahmen die Projektpartner an vier internationalen Workshops teil, um die Guidelines zu entwickeln und abzustimmen. Zusätzlich wurden zwei weitere Veranstaltungen organisiert, auf denen das Feedback europäischer Fachleute und Jugendlicher eingeholt wurde. Beiträge nationaler Beiräte in den Partnerländern flossen ebenfalls in den Prozess mit ein. Diese gaben die Perspektiven vielfältiger Interessensgruppen wieder, u. a. Jugendliche, Jugendverbände, Forscher/-innen, Verwaltungen, Software-Entwickler/-innen und Fachkräfte der Jugendarbeit. Für Vorhaben, die eine Beteiligung von Jugendlichen an einem ePartizipationsprozess vorsehen, listen die Guidelines eine Reihe von Faktoren auf, die bei der Planung berücksichtigt werden sollten, um den Prozess effektiv zu gestalten. Die Guidelines sind als Referenzrahmen konzipiert, der Initiatorinnen und Initiatoren von ePartizipationsprozessen unterstützt.

Partizipation wurde von den Projektpartnern definiert als Beteiligen, Mitmachen, sich Engagieren und Aktivwerden. Dies beinhaltet, dass sich Bürger/-innen aktiv an öffentlichen Entscheidungsprozessen auf verschiedenen Ebenen beteiligen und sich dort einbringen. Im Fall von ePartizipation erfolgen das Engagement und die Beteiligung an Entscheidungsprozessen in elektronischer Form durch die Nutzung von Online-Informationsangeboten und internetbasierter Technologie. Es wurden zwei Dimensionen der Partizipation unterschieden:

- ▶ direkte Partizipation, in der politische Entscheidungen direkt beeinflusst werden und strukturelle Anbindungen an politische Entscheidungsprozesse vorhanden sind, und
- ▶ indirekte Partizipation, bei der die Öffentlichkeit angesprochen und dazu bewegt wird, bestimmte Themen und Positionen zu unterstützen. Im Gegenzug trägt sie ebenfalls zur politischen Meinungs- und Willensbildung und demokratischen Staatsbürgerschaft bei. Ein Beispiel dafür sind Aktivitäten, die junge Menschen dazu veranlassen und befähigen sollen, sich in politischen Fragen einzubringen.

Beide Dimensionen, die nicht voneinander zu trennen sind und einander ergänzen, beinhalten nicht nur von Jugendlichen, Jugendverbänden und Strukturen der Jugendarbeit geschaffene Aktivitäten, sondern auch Bildungs- und Staatsbürgerschaftsprojekte sowie Partizipationsprozesse, die von Institutionen, Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern initiiert wurden.

Partizipationsprozesse können je nach der Intensität der Einbeziehung solcher Entscheidungsträger/-innen unterschiedlich strukturiert sein:

- ▶ Konsultation und Information im Rahmen von Beratungsprozessen,
- ▶ Mitbestimmung im Rahmen von Entscheidungsprozessen mit paritätischem Stimmrecht,

mit der Unterstützung der Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission (Jugendreferat).

- ▶ Selbstbestimmung durch Festlegung der Agenda (d.h. Jugendliche werden an der Entscheidung beteiligt, welche Themen auf die politische Agenda gesetzt werden) und Entscheidungsprozesse mit alleinigem Entscheidungsrecht (die Entscheidung obliegt allein den Jugendlichen, ohne dass sie sich mit anderen abstimmen müssen).

Die Guidelines beinhalten auch Prinzipien, die für erfolgreiche ePartizipationsprozesse als notwendig gelten:

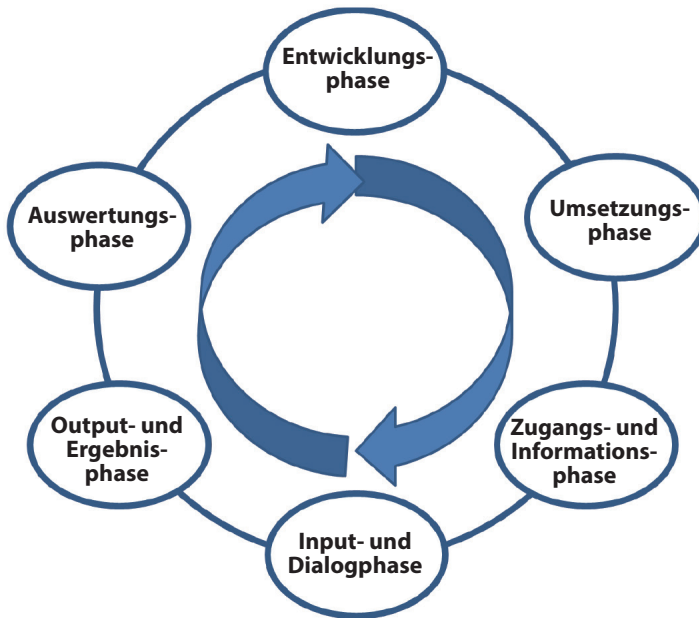
- ▶ Orientierung an den Lebensrealitäten Jugendlicher: ePartizipationsprozesse müssen sich an die Lebensumstände junger Menschen anpassen. Dies bezieht sich zum Beispiel auf Inhalte, Informationen und Zeitmanagement, aber auch auf das Design und die technische Umsetzung. Die Prozesse sollten so konzipiert sein, dass sie das Interesse Jugendlicher wecken und sie anregen und motivieren, um auf diese Weise ihr kontinuierliches Engagement zu erreichen.
- ▶ Anwendbarkeit in aktuellen administrativen Abläufen: ePartizipationsprozesse müssen praktisch sein, wenn sie strukturell an politische Entscheidungsprozesse angebunden werden sollen. Dies bezieht sich auf Aspekte wie Zeit- und Erwartungsmanagement, die Einhaltung rechtlicher Vorgaben und Befugnisse, die Schulung von Mitarbeitenden sowie allgemeine politische Strategien und Schritte zur Förderung der Jugendpartizipation auf nationaler oder internationaler Ebene.²⁶
- ▶ Ressourcen: ePartizipationsprozesse benötigen ausreichende Ressourcen wie Expertise, Zeit, finanzielle Ausstattung und Technologie sowie personelle Ressourcen, um Beratung und Begleitung sicherzustellen.
- ▶ Wirksamkeit und unmittelbare Einflussnahme: ePartizipationsprozesse brauchen sichtbare Ergebnisse. Eine strukturelle Anbindung an Entscheidungsprozesse ist daher unerlässlich.
- ▶ Transparenz: Der gesamte Prozess muss für alle transparent sein. Dies bezieht sich sowohl auf alle Informationen, die den Prozess betreffen, als auch auf die verwendete Software und Tools.
- ▶ Durchgehende Beteiligung Jugendlicher: Jugendliche müssen in alle Phasen des Prozesses involviert sein. Dies beinhaltet auch die Möglichkeit eines Feedbacks zu jedem Zeitpunkt des Prozesses.

Im Idealfall sollten alle ePartizipationsprozesse die folgenden Phasen beinhalten (Abb. 12):²⁷

²⁶ Neben nationalen jugendpolitischen Vorgaben zur Jugendpartizipation sind auch die EU-Jugendstrategie oder das UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes wichtige Dokumente, um die Partizipation Jugendlicher an Entscheidungsprozessen sicherzustellen.

²⁷ Eine Visualisierung dieser Phasen ist unter www.youtube.com/watch?v=8rjalQHY1IU verfügbar, abgerufen am 21. September 2017.

Abb. 12: Phasen eines ePartizipationsprozesses



Partizipation junger Menschen im demokratischen Europa

Dieses multilaterale Kooperationsprojekt suchte während seiner zweijährigen Laufzeit durch die gemeinsamen Bemühungen von Partnern aus Israel, Litauen, Polen, Großbritannien (vertreten durch den British Youth Council) und Deutschland Antworten auf die folgenden Fragen:

- ▶ Wie können apolitische junge Menschen und solche mit geringeren Chancen erreicht werden, um ihre Partizipation im demokratischen System zu fördern?
- ▶ Welche neuen Formen und Räume gibt es für die Partizipation Jugendlicher, und welche Rolle werden sie künftig spielen?
- ▶ Welche innovativen Methoden und Formen der politischen Bildung und Jugendpartizipation gibt es, um die Beteiligung junger Menschen zu fördern?

Die Partner setzten sich mit neuen Herausforderungen für die Partizipation Jugendlicher auseinander und lernten von ihren gegenseitigen Erfahrungen, Kenntnissen und bewährten Vorgehensweisen. Dieser Austausch fand im Rahmen von drei Peer-Learning-Seminaren, bei Koordinatorentreffen und einer Abschlusskonferenz statt. Das Projekt gab eine Reihe von Empfehlungen für eine verstärkte Partizipation Jugendlicher ab, die unter der Überschrift „Amplify Participation“ ver-

öffentlich wurden (Jugend für Europa/Butt-Pošník 2015).²⁸ Diese stützten sich auf die Erkenntnisse der Reflexionsgruppe zur Jugendpartizipation der Partnerschaft zwischen der Europäischen Kommission und dem Europarat im Jugendbereich.²⁹

Die Empfehlungen rufen alle europäischen Institutionen, nationale, regionale und kommunale Regierungen und Verwaltungen sowie die Zivilgesellschaft auf, die folgenden fünf Prinzipien zu unterstützen:

- ▶ Partizipation findet an verschiedenen Orten und in verschiedenen Formen statt und erfordert das Verständnis und die Anerkennung der vielfältigen Ausdrucksformen von Jugendbeteiligung. Es gilt, Beispiele breiter bekannt zu machen und anzuwenden, die tatsächliche Wirkung erzielen und reale Machtteilung vorsehen, wie zum Beispiel Young Mayors (Großbritannien) oder Schülerhaushalte (Italien, Portugal, Frankreich, Deutschland). Der „Youth Check“ nach österreichischem Vorbild wird als möglicher legislativer Ansatz unterstützt, um eine gesetzliche Verpflichtung zur Jugendpartizipation zu begründen.
- ▶ Demokratielernen ist der Schlüssel zu nachhaltiger Beteiligung. Lebenslanges Demokratielernen muss in allen Bereichen der formalen, non-formalen und informellen Bildung gefördert werden, um jungen Menschen frühzeitige Erfahrungen mit Aushandlungsprozessen und ein praktisches Erleben von Demokratie zu ermöglichen.
- ▶ Es braucht eine ganze Gesellschaft, um Demokratinnen und Demokraten zu erziehen! Als Teil einer zeitgemäßen Good Governance im 21. Jahrhundert erfordert Partizipation einen Haltungswechsel in der Politik und Verwaltung: Beteiligung muss ausdrücklich gewollt und ermöglicht werden, zugleich müssen aber auch die Grenzen der Beteiligung klar kommuniziert werden. Dazu kommen zusätzliche Anstrengungen, um benachteiligte und ausgegrenzte Jugendliche zu erreichen.
- ▶ Es gibt bereits viele gute Projekte und Ansätze – es kommt darauf an, sie umzusetzen! Was weiterhin fehlt ist Peer-Learning zum Austausch bewährter Verfahrensweisen sowie die Verbreitung vorhandenen Wissens und gewonnener Erfahrungen, die anderswo nutzbringend angewendet werden können. In der Regel fehlt es nicht an praktischen Erfahrungen oder maßgeschneiderten Methoden, sondern primär am politischen Willen, der Partizipation Jugendlicher Platz einzuräumen.
- ▶ Um die heute vorhandenen neuen und alternativen Formen der Partizipation besser zu verstehen, sind weitere Studien vonnöten.

Diese Empfehlungen wurden Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission, des Europarats und des Europäischen Parlaments im Oktober 2015 an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Brüssel öffentlich vorgestellt

28 Siehe <https://www.youtube.com/watch?v=CUHpGEEHSM&feature=youtu.b>, abgerufen am 21. September 2017.

29 Siehe <https://pjp-eucoe.int/en/web/youth-partnership/reflection-group>, abgerufen am 21. September 2017.

und übergeben. Die Präsentation wurde als Teil der Abschlusskonferenz unter dem Titel „Make Me Heard!“ organisiert, an der etwa 80 Personen aus 13 Ländern teilnahmen. Die Broschüre mit den Empfehlungen wurde in Zusammenarbeit mit SALTO-YOUTH Participation (Support, Advanced Learning and Training Opportunities for Youth) und der Partnerschaft zwischen der Europäischen Kommission und dem Europarat im Jugendbereich veröffentlicht. Auch eine deutsche Übersetzung wurde herausgegeben und an Interessensgruppen verteilt, die sich aktiv an der Umsetzung der EU-Jugendstrategie beteiligen. Die Empfehlungen wurden von der Knesset in Israel diskutiert und waren Gegenstand eines öffentlichen Workshops mit Vertreterinnen und Vertretern der britischen Regierung in London sowie der Bund-Länder-Arbeitsgruppe in Deutschland.

SCHLUSSFOLGERUNGEN AUS BEIDEN PROJEKTEN

Beide Projekte kamen zu den folgenden Schlussfolgerungen, die als Denkanstöße für alle dienen können, die mit Partizipationsprozessen arbeiten oder sich aktiver an ihnen beteiligen möchten.

Open Government

Macht muss real geteilt werden – die Finanzierung netter, kleiner Partizipationsinseln reicht nicht aus. Eine Partizipation derjenigen, die von politischen Entscheidungen betroffen sind, ist nicht nur fair, sondern auch vernünftig, da eine frühe Beteiligung der zukünftigen Nutzer/-innen von Dienstleistungen oder Räumlichkeiten bzw. der von zukünftigen Veränderungen Betroffenen nachfolgende Unzufriedenheit und sogar Kosten verringern kann. Dies geht weiter als der Gedanke des „Politikmachens“ des 20. Jahrhunderts, der als Idealfall einzelne Führungspersönlichkeiten oder kleine Eliten von Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern vorsah, die als kompetent genug gesehen wurden, um im Namen aller die richtigen Entscheidungen zu fällen. Bürger/-innen sind heute in vielen Bereichen daran gewöhnt, nach ihrem Input gefragt zu werden, Einfluss zu nehmen oder selbst aktiv schaffend tätig zu werden (zum Beispiel Wikipedia). Die Politik ist zudem in ihrer heutigen Form unfähig, sich den Herausforderungen einer komplexen, vernetzten Zukunft zu stellen. Wir brauchen im 21. Jahrhundert eine neue Form der Good Governance, wenn wir Bürger/-innen an Entscheidungsprozessen beteiligen und für junge Bürger/-innen Möglichkeiten schaffen möchten, in Entscheidungsprozesse einzusteigen. In manchen Fällen muss eine direkte Einflussnahme möglich sein, am ehesten wohl auf lokaler, aber auch auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Hierfür sind Unterstützung und Ressourcen bereitzustellen, insbesondere um die Partizipation derjenigen zu fördern, die unterprivilegiert und marginalisiert sind.

Open Methods

Diese neue Form der Governance muss von geeigneten Methoden gestützt werden, um (jungen) Bürgerinnen und Bürgern eine Partizipation offline wie auch online zu ermöglichen. Sie verlangt eine gedankliche Auseinandersetzung mit ganzheitlichen Abläufen der Anhörung, Beratung, Umsetzung, Bewertung und Nachverfolgung, sodass diejenigen, die ihre Meinung kundtun, auch erfahren, was mit ihren Ideen geschieht und welche ihrer Ideen verwirklicht wurden. Unterschiedliche Formen des Protests sind als neue Formen der Auseinandersetzung über die Gesellschaft aufzufassen, in der wir leben möchten. Hierfür müssen wir unsere „Filterblasen“ sowohl online als auch offline verlassen und zuhören.

Open for all

Welche Entscheidungen stehen an, und welche Entscheidungen bleiben gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentariern vorbehalten? Transparenz ist unerlässlich, um einen offenen Raum für die Partizipation sichtbar zu machen und gleichzeitig die Grenzen der Partizipation aufzuzeigen. Staatsbürgerschaftliche und politische Bildung ist in diesem Kontext erforderlich, um jungen Mitgliedern der Gesellschaft das Verständnis und die kritische Bewertung der Funktionsweise einer Demokratie zu ermöglichen. Für junge Menschen, die sich von der Politik ausgegrenzt fühlen, müssen besondere Anstrengungen unternommen werden (inklusive Sprache, Interaktionen junger Menschen mit Politikerinnen und Politikern usw.).

Open to young people's realities

Die Verwendung jugendgerechter Gadgets reicht nicht aus, um Jugendliche zu erreichen! Wenn wir eine echte Einbeziehung junger Menschen wünschen, müssen wir ihre unterschiedlichen Bedürfnisse ebenso berücksichtigen wie das Tempo, in dem sie leben, die Sprache, die sie sprechen, und die Orte, an denen sie zusammenkommen: Nicht alles passt in die Schablone von Entscheidungsprozessen. Dies erfordert Investitionen in eine Schnittstelle, nämlich die Jugendarbeit. Wir sind überzeugt, dass die Jugendarbeit diesbezüglich großes Potenzial bietet, und untersuchen im Folgenden ihre Rolle sowie mögliche Wege, wie sie die Beteiligung Jugendlicher an Entscheidungsprozessen sowie an demokratischen Gesellschaften insgesamt unterstützen kann.

WELCHE ROLLE SPIELT DIE JUGENDARBEIT?

Die vom 2. Europäischen Fachkongress zur Jugendarbeit 2015 (2nd European Youth Work Convention) abgegebene Erklärung betonte, dass die Jugendarbeit in der Förderung von Demokratie, Staatsbürgerschaft und Beteiligung eine wichtige Rolle spielt. Die allgemeine Auffassung der Jugendarbeit in Europa wurde in der Erklärung folgendermaßen zusammengefasst:

In der Jugendarbeit geht es darum, die Fantasie, die Initiative, die Integration, das Engagement und die Aspirationen junger Menschen zu fördern. Jugendarbeit ist grundsätzlich bildend, befähigend, partizipativ, expressiv und inklusiv. Sie unterstützt Jugendliche durch Aktivitäten, Spiel und Spaß, durch Kampagnen, Informationsaustausch, Mobilität und Freiwilligentätigkeiten sowie durch Verbindungen und Gespräche darin, ihren Platz in ihren Gemeinschaften und Gesellschaften zu verstehen und sich mit diesen kritisch auseinanderzusetzen. Jugendarbeit hilft jungen Menschen dabei, ihre Talente zu entdecken und Fähigkeiten und Fertigkeiten zu entwickeln, um sich in einem immer komplexeren und anspruchsvolleren sozialen, kulturellen und politischen Umfeld zurechtzufinden.³⁰

Jugendarbeit kann hinsichtlich der Partizipation Jugendlicher in beide Richtungen als Schnittstelle und Übersetzerin fungieren: mit und für junge Menschen sowie in enger Verbindung mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Jugendarbeiter/-innen müssen als politische Akteurinnen und Akteure sowie in der Fürsprache für Jugendliche entschlossen und selbstbewusst Position beziehen und so als Katalysatoren wirken. Sie bilden in beide Richtungen ein Bindeglied zwischen den verschiedenen Lebensrealitäten junger Menschen und der Welt der Politik und Verwaltung, die auf das Leben Jugendlicher einwirkt. Staatsbürgerschaftliche und politische Bildung sowie Kompetenzen in der Befähigung junger Menschen und Kenntnisse von Online- und Offline-Methoden der Partizipation müssen daher in der Jugendarbeit ein fester Bestandteil von beruflichem Wissen und beruflichen Kompetenzen werden. Jugendarbeiter/-innen müssen „politisch bildend“³¹ tätig werden, d. h. sie sollten in der Lage sein zu erklären, dass die Funktionsweise der Demokratie zum Beispiel fast unweigerlich Gefühle der Enttäuschung über die Demokratie hervorrufen kann. Sie müssen vielleicht erklären, warum Entscheidungsprozesse in Demokratien so lange dauern und die Interessen junger Menschen nicht immer berücksichtigt werden. Sie müssen jungen Menschen eventuell vermitteln, dass manchmal nur politische Lösungen gefunden werden können, die „wohl bloß auf andere Weise enttäuschen, aber nichtsdestotrotz enttäuschen“ (Hedtkke 2012). Und sie müssen ihre Position als Partner politischer Interessensgruppen stärken.

Jugendarbeit muss Aktivitäten unterstützen und initiieren, die direkte wie auch indirekte Partizipationsprozesse ermöglichen, gleichzeitig aber auch die Partizipationskompetenzen junger Menschen stärken (Jugendpartnerschaft EU-Europarat 2015).³²

30 Siehe https://pjp-eu.coe.int/documents/1017981/8529155/The+2nd+European+Youth+Work+Declaration_DE.pdf/1d2e8851-3813-46a6-b422-b3e6363aec66, abgerufen am 31.08.2018.

31 Die Verwendung dieses Begriffs suggeriert hier selbstverständlich in keiner Weise eine politische Indoktrination.

32 In diesem Sinne setzen sich die Schlüsselbotschaften des 2015 von der Jugendpartnerschaft der EU und des Europarats in Budapest veranstalteten „Symposium on Youth Participation in a Digitalised World“ mit der Rolle der Jugendarbeit in einer digitalisierten Welt auseinander: Jugendarbeit sollte junge Menschen im digitalen Raum aktivieren, sie hinsichtlich Partizipation und ePartizipation bilden und für verschiedene Interessensgruppen als Schnittstelle fungieren.

Direkte, von der Jugendarbeit in Zusammenarbeit mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern unterstützte oder initiierte Partizipationsaktivitäten:

- ▶ Informationsaktivitäten, d.h. Projekte, die als Vorbedingung der Teilnahme an Entscheidungsprozessen jugendgerechte Informationen und Daten bereitstellen;
- ▶ Konsultationsprozesse, d.h. Aktivitäten zur Erlangung von Fachwissen, Meinungen oder Stimmen für Fokusthemen, Entscheidungen oder Planungsabläufe;
- ▶ Kooperationsprozesse, d.h. Formen der Partizipation, die innerhalb des Rahmens der gegebenen Governance-Strukturen auf die Entwicklung einvernehmlicher Lösungen und letztendlich auf politische Entscheidungen abzielen.

Indirekte, von der Jugendarbeit unterstützte oder initiierte Partizipationsaktivitäten:

- ▶ Schaffung von Transparenz und neuen Werten, d.h. die Bereitstellung von Informationen über die Aktivitäten staatlicher oder nichtstaatlicher Institutionen oder Einzelpersonen sowie über soziopolitische Themen;
- ▶ Aktivismus, Kampagnen oder Lobbyarbeit, d.h. Formen der Partizipation, die die Öffentlichkeit sensibilisieren oder soziopolitische Themen und Positionen vorantreiben und so zur politischen Willensbildung beitragen möchten;
- ▶ Petitionen und Beschwerden, d.h. Partizipationsprozesse, in deren Rahmen Vorschläge oder Beschwerden direkt an Entscheidungsträger/-innen gerichtet werden, um auf konkrete politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen.

Diese verschiedenen Formen von Projekten und Aktivitäten müssen spezifischen Kriterien genügen, wenn sie in erfolgreiche, jugendgerechte Partizipationsprozesse münden sollen. Dies bedeutet, dass junge Menschen:

- ▶ während aller Phasen involviert sein müssen (zum Beispiel bei der Formulierung der Ziele und der Umsetzung von Projekten);
- ▶ vorhandene Sachverhalte ändern und Neues schaffen können;
- ▶ Entscheidungen mit realer Wirkung fällen können;
- ▶ mit Spaß und Motivation partizipieren statt passiv unterhalten zu werden;
- ▶ ihre demokratischen Strukturen selbst bestimmen;
- ▶ Ergebnisse verstehen können, weil die dazugehörigen Entscheidungen und Ziele transparent waren;

- die enge Zeitspanne zwischen der Planung und Umsetzung einhalten können.

Neben der Unterstützung und Initiierung verschiedener Formen direkter oder indirekter Partizipationsprozesse, die den genannten Kriterien genügen, muss Jugendarbeit auch junge Menschen befähigen und ihre Partizipationskompetenzen stärken. Dies bedeutet, dass junge Menschen das Potenzial ihrer Partizipation verstehen lernen und in der Lage sind, ihre Erfolgsaussichten in konkreten Situationen zu beurteilen. Partizipationskompetenzen gestatten es jungen Menschen, ihre Meinungen und Interessen hinsichtlich soziopolitischer Fragen zu formulieren und über sie zu reflektieren. Dies wiederum befähigt sie, sich für diese Meinungen und Interessen öffentlich einzusetzen und als aktive Staatsbürger/-innen an aktuellen Diskussionen teilzunehmen. In diesem Zusammenhang beinhalten Partizipationskompetenzen drei für die Jugendarbeit relevante Dimensionen, die gestärkt werden müssen.

Wissen

Junge Menschen brauchen Wissen über politische und gesellschaftliche Strukturen, Entscheidungsprozesse und mögliche Partizipationsformen. Dies könnte man als „political literacy“ bezeichnen, also ein grundlegendes Verständnis der Funktionsweise einer Demokratie, der persönlichen Verantwortlichkeiten für bestimmte politische Entscheidungen und der Möglichkeiten der Einflussnahme auf solche Entscheidungen. Es ist hilfreich zu wissen, dass diesbezüglich verschiedene verbindliche nationale und internationale Instrumente vorliegen, darunter das UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes, der EU-Vertrag von Lissabon, die Strategie „Europa 2020“ oder die EU-Jugendstrategie, die alle eine solide Basis für offene Jugendpartizipation bilden.

Darüber hinaus ist auch Wissen über aktuell verfügbare Instrumente vonnöten, zum Beispiel Technologien für die ePartizipation oder neue Methoden der Offline-Partizipation sowie deren Einsatz- und Umsetzungsmöglichkeiten, um Partizipationsprozesse initiieren zu können. Kurz gesagt, ist Wissen über gesellschaftliche und politische Kommunikationsstrukturen, -mittel und -techniken erforderlich, um diese zur öffentlichen Sensibilisierung und Motivierung anderer zur Teilnahme einsetzen zu können.

Reflexion

Wenn sich junge Menschen kritisch mit ihren Gemeinschaften und Gesellschaften auseinandersetzen sollen, müssen sie lernen, wie man kritisch Position bezieht, eigene Positionen und Interessen bildet, aktuelle politische und gesellschaftliche Konventionen herausfordert und etablierte Entscheidungsprozesse des politischen Systems bewertet. Darüber hinaus ist es wichtig, dass junge Menschen ihre Interessen als aktive Bürger/-innen vertreten, verschiedene Formen der Partizipation bewerten und ihre Perspektiven in Entscheidungsprozesse einbringen können. Von etablierten politischen Positionen abweichende Meinungen sollten kein

Grund für Bestrafung oder Marginalisierung an Schulen, Universitäten oder in den Freizeit- und Arbeitsumfeldern junger Menschen sein.

Aktion

Als dritte Dimension muss die aktive Nutzung verschiedener Instrumente, Methoden und Kommunikationstechniken gefördert werden. Jugendliche brauchen positive Erfahrungen mit verschiedenen Formen direkter und indirekter Partizipationsprozesse, um ihre eigenen, auf ihre jeweiligen Positionen und Interessen zugeschnittenen Aktivitäten initiieren zu können. Darüber hinaus müssen sie in der Lage sein, das Potenzial ihrer im täglichen Leben genutzten Kommunikationsmittel und ihrer Mitwirkung für erfolgreiche politische Partizipation zu erkennen.

Wenn die Jugendarbeit diese Rolle als Fürsprecherin und treibende Kraft für das Empowerment junger Menschen aktiv übernimmt, könnte auf sie vonseiten öffentlicher Stellen, Sponsoren oder politischer Gremien Druck ausgeübt werden. Diese Institutionen könnten sehr wohl der Auffassung sein, dass sich die Rolle der Jugendarbeit darauf beschränkt, junge Menschen auf der richtigen Bahn zu halten, Jugendliche in Schwierigkeiten zu unterstützen und gelegentlich die Türen örtlicher Jugendzentren zu öffnen, sodass sich Jugendliche unterhalten können.

Allerdings lässt weder der aktuelle Stand der Demokratie in den meisten europäischen Ländern noch die allgemeine Situation der EU es zu, die Rolle der Jugendarbeit derart zu reduzieren, ob man dies für bedauernswert hält oder nicht. Man könnte vielleicht sagen, es ist Zeit, politisch zu werden.

LITERATUR

DIVSI (2014): DIVSI U25-Studie: „Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in der digitalen Welt“, Hamburg, verfügbar unter www.divsi.de/wp-content/uploads/2014/02/DIVSI-U25-Studie.pdf, aufgerufen am 26. Februar 2018.

EU-Council of Europe youth partnership (2015): „Key messages of participants“, Symposium on Youth Participation in a Digitalised World, 14 to 16 September 2015, Budapest, Hungary, verfügbar unter <http://pjp-eu.coe.int/documents/1017981/8525351/Key+Messages.pdf/e1c6c353-a592-4086-95b9-ddd1a5f704ef>, aufgerufen am 26. Februar 2018.

Eurobarometer (2012): Standard Eurobarometer 77 Spring 2012 – Public opinion in the European Union, report, verfügbar unter http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/archives/eb/eb77/eb77_citizen_en.pdf, aufgerufen am 26. Februar 2018

Eurostat statistics explained (2017): Population structure and ageing, verfügbar unter http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Population_structure_and_ageing, aufgerufen am 26. Februar 2018.

Hedtke, R. (2012): Partizipation ist das Problem, nicht die Lösung, verfügbar unter www.uni-bielefeld.de/soz/ag/hedtke/pdf/Hedtke_Partizipation-als-Problem_2012.pdf, aufgerufen am 26. Februar 2018.

Hurrelmann, K. (2001): Warum die junge Generation politisch stärker partizipieren muss, in *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bundeszentrale für Politische Bildung, B44, S. 3–7.

IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. (2014): Guidelines für gelingende ePartizipation Jugendlicher in Entscheidungsprozessen auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer, youthpart, Bonn, verfügbar unter https://www.ijab.de/uploads/tx_ttproducts/datasheet/Guidelines_eParticipation_dt.pdf, aufgerufen am 26. Februar 2018.

JUGEND für Europa/Jochen Butt-Posnik (2015): Amplify participation – Partizipation junger Menschen in Europa stärken!, verfügbar unter <https://www.jugendpolitikineuropa.de/downloads/4-20-3650/Amplify%20Participation%20-%20Empfehlungen%20fu%CC%88r%20Politik%20und%20Praxis.pdf>, aufgerufen am 26. Februar 2018.

LSE Enterprise (2013): Youth Participation in democratic life, verfügbar unter <http://www.lse.ac.uk/businessAndConsultancy/LSEEnterprise/news/2013/YouthDemocracy.aspx>, aufgerufen am 26. Februar 2018.

Winter, T. von (1997): *Sozialpolitische Interessen. Konstituierung, politische Repräsentation und Beteiligung an Entscheidungsprozessen*, Baden-Baden, S. 124.